

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 24.06.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Dr. Christiana Bauer
Herr Vincenzo Copertino
Frau Tanja Orlowski
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler
Herr Markus Kollmeier
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Arne Gieselmann als Vertretung für Frau Mamerow
Herr Joachim Hood
Frau Sarah Laukötter
Herr Janko Spieker

FDP

Herr Kai Kleinholz als Vertretung für Herrn Focke

Die PARTEI

Herr Christian Loth ab 17:30 Uhr

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Brigitte Stelze als Vertretung für Frau Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Iris Huber

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Daniel Müller

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich bis 19:15 Uhr
Herr Michael Gugat

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Silke Aron
Herr Jakob Bergen
Herr Wilhelm Berghan
Frau Nora Kristin Gäbel
Frau Julia Harmsen
Frau Pauline Junker
Frau Gisela Krutwage
Herr Aiko Linnenbürger
Herr Simon Löwenstein
Herr Kapriel Meser
Herr Ingo Nürnberger
Frau Mareike Rüweler
Herr Sören Wiebusch

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Beigeordneter Dezernat 3
Büro für Sozialplanung
Büro für Sozialplanung
Kommunales Integrationszentrum zu TOP 15
Büro für Sozialplanung
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Kommunales Integrationszentrum zu TOP 15
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt -
CDU-Fraktionsreferent
Kommunales Integrationszentrum ab TOP 15
Erster Beigeordneter Dezernat 5
Büro für Sozialplanung zu TOP 17
Stab Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zwischen der CDU und der SPD bestehe für die Sitzung eine Pairing-Vereinbarung.

Zur **Tagesordnung** teilt Vorsitzende Frau Gorsler mit, dass nach Versand der Einladung fristgerecht noch zwei **Anfragen (Drs.-Nr. 10553 und 10534/2020-2025)** eingegangen seien, zu denen die Antworten vorlägen und die unter **TOP 3** behandelt würden. Die Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2025 mit der Drs.-Nr. **10512/2020-2025** solle im Stadtentwicklungsausschuss erfolgen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss werde darüber informiert.

Weiterhin sei ein **Änderungsantrag** der AfD zu **TOP 4.1** mit der Drs.-Nr. **10573/2020-2025** eingegangen.

Alle Unterlagen für die heutige Sitzung seien im Gremieninformationsportal eingestellt.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des SGA (50.) mit dem HWBA, dem FiPA und dem StEA am 10.04.2025

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des SGA (50.) mit dem HWBA, dem FiPA und dem StEA am 10.04.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.05.2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.05.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Start des Peer-to-Peer-Projektes mit Afrika Wakati e.V.

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Neue Kurzfilme rund um das Thema Alter und Pflege, insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Aufklärung über die Möglichkeit von vertraulichen/anonymen Geburten

Die Vorsitzende weist auf die Mitteilung des Dezernates 5 für Soziales und Integration hin.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Übernahme der Entsorgungskosten für die gemeinnützigen Lebensmittelausgabestellen

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Stadt Bielefeld wird Fokuskommune für den Inklusiven Sport

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Sportamtes.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 Abschlussbericht der Gesundheitsziele 2017 bis 2022

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Bewerbungsverfahren für die Stelle des „Arzt-Lotsen/Managers - Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 17.06.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10553/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 3.2 Umsetzungsstand Azubi Wohnen - Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10512/2020-2025

Die Beantwortung erfolgt im Stadtentwicklungsausschuss, der Sozial- und Gesundheitsausschuss wird darüber informiert.

Nachtrag:

Die im Stadtentwicklungsausschuss am 01.07.2025 behandelte Antwort der Verwaltung steht im Gremieninformationssystem unter TOP 3.2 der 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses öffentlich zur Verfügung.

Zu Punkt 3.3 Antragsverfahren Hilfe zur Pflege - Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.06.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10534/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Bielefeld-Pass, Bi-Pass Ticket und D-Ticket sozial offensiv bewerben, Verkaufszahlen erhöhen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: **10554/2020-2025** - Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke und **10573/2020-2025** - Änderungsantrag der AfD zu Drs. Nr. 10554

Herr Hood erläutert den Antrag der Koalition und wirbt um breite Zustimmung. Im Anschluss begründet Herr Dr. Sander seinen Änderungsantrag.

Herr Copertino signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Ursprungsantrag und die Ablehnung zum Änderungsantrag. Herr Gugat und Frau Adilovic äußern sich positiv zu den beantragten Maßnahmen und kritisieren den Änderungsantrag der AfD.

Abschließend lässt Vorsitzende Frau Gorsler zunächst über den Änderungsantrag vom 23.06.2024 mit der Drs.-Nr. 10573/2020-2025 abstimmen:

Änderungsantrag der AfD zu Drs. Nr. 10554

Antragstext:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge beschließen: Der Antrag (Drs. 10554/2020-2025) wird wie folgt geändert: In Absatz 1 wird „(mehrsprachig)“ ersatzlos gestrichen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt –

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 12.06.2025:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, alle kommunalen Bescheide über soziale Leistungen, die zum Bi-Pass berechtigen, mit einem deutlich sichtbaren Hinweis auf den Bielefeld-Pass und die Bi-Pass Tickets sowie D-Ticket sozial zu versehen. Dies kann durch einen Bild/Text-Block und QR-Code (mehrsprachig) im Bescheid selbst erfolgen oder durch einen beigelegten Flyer.

2. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem JobCenter zu prüfen, ob bei den Bürgergeld-Bescheiden entsprechend verfahren werden kann.

3. Die Verwaltung wird gebeten, sich bei moBiel dafür einzusetzen, dass die Aushänge, Digitalanzeigen, Clips beim Clip-Ticket etc. die sozialen Ticketvarianten offensiv bewerben.

- mit großer Mehrheit beschlossen –

Zu Punkt 5

-.-.-

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bochum über die zentrale Entscheidung der eingeschränkten Erlaubniserteilung und die zentrale Durchführung der Kenntnisüberprüfungen von Heilpraktikeranwärtern im sektoralen Bereich der Logopädie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10293/2020-2025

Frau Harmsen antwortet auf die Frage von Frau Weißenfeld, dass es sich um ein NRW-weites Angebot der Stadt Bochum an alle Kommunen handele.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bochum über die zentrale Entscheidung der eingeschränkten Erlaubniserteilung und der zentralen Durchführung der Kenntnisüberprüfungen von Heilpraktikeranwärter*innen im sektoralen Bereich der Logopädie wird zugestimmt.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stadt Bochum eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf abzuschließen. Gegebenenfalls erforderliche Änderungen können vorgenommen werden.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

-.-.-

Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen Herford und Lippe vom 16.03.2017 über die Übernahme der Zuständigkeit der Beseitigungspflicht von tierischen Nebenprodukten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10076/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen Herford und Lippe vom 16.03.2017 über die Übernahme der Zuständigkeit der Beseitigungspflicht von tierischen**

Nebenprodukten wird zugestimmt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die unter 1. geänderte Vereinbarung für die Stadt Bielefeld zu unterzeichnen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2026-2028

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10406/2020-2025/1

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt kurz in das Thema ein: Die Situation sei für alle Beteiligten herausfordernd, da trotz des ungekürzten Finanzvolumens und der Dynamisierung seitens der Stadt Bielefeld nicht vermieden werden könne, dass es zu Ablehnungen und/oder Leistungsver schlechterungen komme.

Frau Weißenfeld beantragt die 1. Lesung, da aktuell ein Änderungsantrag abgestimmt werde.

Sie fragt, ob die für die aktuelle Vertragsperiode zur Verfügung stehenden Finanzmittel restlos aufgebraucht würden oder ob mit einem verbleibenden Rest gerechnet werden könne. Hierzu antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass insgesamt die vereinbarten Leistungen über den gesamten Zeitraum erbracht und dadurch die Mittel fast vollständig ausgenutzt würden. Am Ende ergebe sich aus der Bewirtschaftung ein im Verhältnis zum Gesamtvolumen geringer Restbetrag von etwa 100.000 bis 120.000 Euro.

Herr Hood verweist auf den umfangreichen Prozess, den die Politik begleite und begleitet habe. Schon beim Eckdatenbeschluss sei klar gewesen, dass nicht allen Problemanzeigen begegnet werden könne und dass Leistungskürzungen erforderlich werden würden. Manche Dinge seien offengeblieben, aus dem Bereich des SGA nenne er die Seniorenarbeit sowie die Situation drogenabhängiger und/oder obdachloser Menschen. Seine persönliche Hoffnung auf eine schnellere Umsetzung von Pool- und Budgetlösungen, der Nutzung von Synergien oder eines vereinfachten Abrechnungsverfahrens hätten sich noch nicht erfüllt. Hier halte er konkretere Vereinbarungen für notwendig. Ebenso bedürfe es einer inhaltlichen Fokussierung, die von der Politik gesteuert werde, damit es zu konkreten Verabredungen zu Querschnittsthemen komme, die allen wichtig seien. Die Absicht der Koalition sei es – gegebenenfalls auch mit weiteren Fraktionen - einen gemeinsamen Änderungsantrag zu erarbeiten.

Herr Copertino meint, das dialogische Verfahren habe sich nach Anlaufschwierigkeiten bewährt. Seine Fraktion stimme einer 1. Lesung zu. Sie sei bereit, einen gemeinsamen Antrag mit der Koalition zu erarbeiten. Um den finanziellen Mehraufwand zu minimieren, seien noch Informationen seitens der Verwaltung z.B. zu den nicht abgerufenen Mitteln notwendig.

Frau Hopster dankt im Namen der AGW und des Jugendrings der Verwaltung, dass sich diese nicht auf den Eckdatenbeschluss zurückgezogen habe, sondern mit den Trägern in das Gespräch gegangen sei. Dies sei ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Trägern, auch wenn diese nicht an allen Stellen mit dem Ergebnis glücklich seien. Die Entwicklung von belastbaren Pool- oder Budgetlösungen brauche Sorgfalt und daher auch Zeit. Auch nach dem politischen Beschluss würden die Beteiligten an der Weiterentwicklung der Angebote und der Lösung von Finanzierungsfragen weiterarbeiten.

Vorsitzende Frau Gorsler unterstreicht das vorher Gesagte: in diesem Jahr habe es so viele Anträge und Problemanzeigen wie lange zuvor nicht gegeben. Der Verwaltung sei diesem Umstand bei einer gleichbleibenden Finanzdecke mit einer guten Lösung begegnet, wofür sie sich im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses bedanke. Alle seien froh, dass es zu keinen Kürzungen der Finanzmittel gekommen sei.

Vorsitzende Frau Gorsler kündigt an, dass für die Schluss-Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am

Donnerstag, 10.07.2025, von 16:00 bis 16:30 Uhr im Rochdale-Raum

geplant sei. Sie weist darauf hin, dass wegen anderer Sitzungen vorher und nachher die Sitzungsdauer auf 30 Minuten begrenzt sei.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 8

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2025 bis 2027

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10454/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt als Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gäbel. Diese informiert über die aktuelle Bedarfsplanung, die hierfür verwendete Präsentation steht als **Anlage 1** zu TOP 8 der 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Frau Weißenfeld betont die Wichtigkeit der Tagespflegeangebote. Herr Weber sieht die Stadt Bielefeld mit „ambulant vor stationär“ auf dem richtigen Weg. Auch er hält den Schutz der pflegenden Angehörigen vor Überlastung für wichtig und bedankt sich für den Bericht. Herr Hood betont, dass das System der Pflegeversicherung auf Bundesebene stabilisiert werden müsse. Der Rückgang des stationären Anteils liege seiner Ansicht nach auch an der hohen finanziellen Belastung durch den Eigenanteil sowie am Fachkräftemangel in den stationären Einrichtungen.

Frau Gäbel weist auf den nächsten Pflegegipfel hin am 28.10.2025 von

15 bis 18 Uhr im KuKs (Meisenstraße). Er habe den Schwerpunkt „Ausbildung und Fachkräfte“ und werde in Zusammenarbeit mit der REGE mbH, dem Jobcenter u. w. veranstaltet.

Der 2. Tag des Tagespflege habe erfolgreich stattgefunden, es habe viele Beratungsgespräche gegeben.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über die Beschlussvorlage 10454/2020-2025 abstimmen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2025-2027 kein rechnerisches Defizit an stationären Pflegeplätzen besteht.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2025-2027 ein Bedarf an zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen besteht.**

Die Verwaltung wird beauftragt, Anbieter von solitärer Kurzzeitpflegen bei der Planung und Umsetzung zukünftiger Vorhaben weiterhin intensiv zu beraten und zu begleiten.

- 3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2025-2027 kein dringender weiterer Bedarf an Tagespflegeplätzen besteht.**

Die Verwaltung wird beauftragt, interessierte Träger, die den Bau neuer Tagespflegeangebote in Betracht ziehen, über die aktuelle Situation hinsichtlich der weiterhin reduzierten Nachfrage und Auslastung in den Bielefelder Tagespflegen zu informieren und über mögliche wirtschaftliche Risiken aufzuklären

- 4. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2025-2027 wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.:-

Zu Punkt 9

Prüfauftrag zu Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Internetseite BiSON

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10401/2020-2025

Ohne Aussprache trifft der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Internetseite BiSON in eine neue Plattform zu überführen. Dabei sollen Vertreter*innen unterschiedlicher Zielgruppen und Anbieter sozialer und gesundheitsbezogener Angebote einbezogen werden, um die Akzeptanz und Nutzer*innenfreundlichkeit der neuen Plattform zu erhöhen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Verwendung der Restgelder aus den Projektmitteln Offene Seniorenarbeit

Zu Punkt 10.1 Verwendung der Restgelder aus den Projektmitteln Offene Seniorenarbeit, hier: Internetseite BiSON

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10369/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler bittet Frau Huber um eine kurze Einführung. Diese bedankt sich für den gerade zu TOP 9 gefassten Beschluss, die Internetseite BiSON weiterzuentwickeln. Der Seniorenrat habe sich zu der hierfür notwendigen Finanzierung Gedanken gemacht und wolle sich mit einem Betrag von 4.000 Euro aus den Projektmitteln beteiligen.

Nach einem zustimmenden Wortbeitrag von Frau Weißenfeld lässt Frau Gorsler über die Beschlussvorlage 10369/2020-2025/1 abstimmen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, von den zur Verfügung stehenden Projektmitteln für die offene Seniorenarbeit i. H. v. aktuell verbleibenden 5.000 € im Haushaltsjahr 2025/2026 für die Weiterentwicklung der Internetseite BiSON (Bielefelder Senioren Online) Mittel i. H. V. 4.000 € einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10.2 Verwendung der Restgelder aus den Projektmitteln Offene Seniorenarbeit, hier: Tag der Mobilität

Beratungsgrundlage:

Frau Huber erläutert, dass die Veranstaltung in der Seidenstickerhalle geplant werde und dafür Kosten anfielen, an denen sich der Seniorenrat beteiligen wolle.

Damit seien die Projektmittel für die Offene Seniorenarbeit für 2025 auch aufgebraucht.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, von den zur Verfügung stehenden Projektmitteln für die offene Seniorenarbeit i. H. v. aktuell verbleibenden 5.000 € im Haushaltsjahr 2025/2026 für die Durchführung des Tags der Mobilität, bei dem der Seniorenrat im Planungsteam beteiligt ist, Mittel i. H. v. 1.000 € einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen

Zu Punkt 11.1 Umbau und Neuausrichtung des Tagesaufenthaltes für wohnungslose Menschen - KAVA

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: **10443/2020-2025** und
10587/2020-2025 Antrag der Koalition zur Drs.-Nr 10443 Umbau und
Neuausrichtung der KA-VA - Ausweichstandort

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger stellt die Bedeutung und die aktuelle Situation in der KAVA kurz dar. Geplant sei eine Sanierung des BGW-Gebäudes mit einer anschließenden Konzentration von Angeboten der Wohnungslosenhilfe an diesem Standort. Hieraus ergäben sich vor allem fachliche, aber möglicherweise auch kleine finanzielle Synergien. Der künftige Mehraufwand für die KAVA solle aufwandsneutral aus dem Haushalt des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt – erwirtschaftet werden.

Die Einrichtung könne für die Sanierungszeit - voraussichtlich ab 2026 – nicht geschlossen werden, sondern benötige ein nahegelegenes Ausweichquartier. Hierfür sei ein separat begehbarer Flügel mit fünf bis sechs Räumen im ehemaligen Laborgebäude vorgesehen. Dies sei 2023 in der Vereinbarung mit der Kulturinitiative Ostblock e.V. zur weiteren Nutzung der Immobilie entsprechend aufgenommen worden. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf einen Interessenkonflikt, er sehe aber keine Alternative zur teilweisen Nutzung des ehemaligen Laborgebäudes durch die KAVA.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bittet trotz der im aktuellen Schreiben der Kulturinitiative Ostblock e.V. aufgeführten Kritikpunkte um die Unterstützung der Verwaltungspläne.

Herr Gugat äußert seine Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Dennoch bitte er um einen intensiven Dialog mit dem Ziel, die Probleme abzumildern und die Sicherheitsaspekte zu beachten.

Frau Laukötter ist froh über die geplante Renovierung der KAVA, aber auch betroffen über das Interventionsschreiben der Kulturinitiative Ostblock e.V. Diese erfülle über das kulturelle Angebot hinaus auch eine soziale Funktion im Quartier. Sie wünsche sich einen zeitnahen Ortstermin, in dem seitens der Verwaltung hierfür Wertschätzung gegenüber der Kulturinitiative Ostblock e.V. geäußert und gemeinsam die Raumfragen besprochen werde.

Sie stellt für die Koalition folgenden Antrag:

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Standortfrage weitere Kapazitäten für das Kulturhaus Ostblock zu prüfen, um ihnen räumliche Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, beispielsweise in Kooperation mit der WEGE oder dem Kulturp@ct in den Arkaden.

Herr Weber schließt sich für die CDU-Fraktion dem Wunsch nach zeitnahen und zielgerichteten Gesprächen an und betont die Wichtigkeit der KAVA und ihrer Aufgabenerfüllung. Er fragt nach der konkreten Höhe der in der Vorlage angekündigten Kostenaufteilung mit dem LWL und bittet die Verwaltung kurzfristig um eine konkretere Einschätzung.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich für die generelle Unterstützung für das Vorhaben. Er stellt den bisherigen Verfahrensablauf dar, in dem es schon ein Gesprächsangebot an die Kulturinitiative Ostblock e.V. gegeben habe, auf das sie mit dem Interventionsschreiben reagiert habe. Er könne - auch wegen der Enge am Immobilienmarkt - keine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung versprechen, sage aber Bemühungen um eine gute Lösung zu.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt zunächst über den Prüfauftrag der Koalition (Drs.-Nr. 10587/2020-2025 und anschließend über die Drs.-Nr. 10443/2020-2025 abstimmen.

Beschluss zu Drucksachennummer 10587/2020-2025:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Standortfrage weitere Kapazitäten für das Kulturhaus Ostblock zu prüfen, um ihnen räumliche Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, beispielsweise in Kooperation mit der WEGE oder dem Kulturp@ct in den Arkaden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Beschluss zu Drucksachennummer 10443/2020-2025:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort Kavalleriestr.**

18 als Tagesaufenthalt für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten unter Einbeziehung der bisher in der Viktoriastr. 10 angesiedelten Beratungsangebote zu einem zentralen Standort der Wohnungslosenhilfe in Bielefeld weiterzuentwickeln. Die Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen mbH (BGW) ist in diesem Zusammenhang mit der dafür erforderlichen Sanierung zu beauftragen.

2. Die sich durch die Sanierung ergebenden höheren Aufwendungen sind im Jahr 2028 ff aus dem Gesamtbudget des Amtes für soziale Leistungen zu finanzieren.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 11.2 „Zielgerichtete Prävention“ und „ausstiegsorientierte Hilfen“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10464/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger nennt folgende Gründe für die Informationsvorlage:

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss solle über den aktuellen Sachstand der Umsetzung seiner Aufträge und Beschlüsse, z.B. zur 90/10-Regelung, informiert werden.
- Vor allem mit der Anlage solle über die Ausstiegsorientierung der örtlichen Suchthilfe aufgeklärt und auf die hierzu geäußerte Kritik eingegangen werden.
- Dem Erkenntnisinteresse der Anwesenden solle Rechnung getragen werde.

Für Fragen stehe er gern zur Verfügung.

Es gibt keine Wortmeldungen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10464/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.--

Zu Punkt 11.3 Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen – Sachstand - 3. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9442/2020-2025

Herr Hood fragt nach, ob die CDU-Fraktion die von ihr in der letzten Sitzung in Aussicht gestellten neuen Informationen durch die Polizeipräsidentin erhalten habe.

Hierzu antwortet Herr Copertino, dass keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Herr Hood möchte auch wissen, wie weit die Zwischenlösungen für den Witterungsschutz seien, solange es noch keine Anlaufstelle gebe und ob damit in diesem Sommer gerechnet werden könne.

Beigeordneter Herr Adamski antwortet zu den Beschattungsmaßnahmen und den kompensatorischen Aufenthaltsflächen, dass in Abstimmung mit der Inhaberin der Urheberrechte aktuell drei Varianten erarbeitet würden. Diese seien temporär und sollten auch kostengünstig sein. Die Verwaltung denke an witterungsbeständige Segel in den Robinienbäumen im Stadthallenpark mit schnell zurückbaubaren Sitzgelegenheiten. Bisher habe es noch keine belastbare Antwort auf die vorgelegten Planungen gegeben, er rechne aber mit einer Antwort etwa im August. Er erwähnt die positive Einstellung der Rechteinhaberin, so dass durch die Maßnahmen Erfahrungen gemacht würden, die in das INSEK-Wettbewerbsverfahren einfließen könnten.

Beigeordneter Herr Adamski stellt den Ausschussmitgliedern die Frage, wie dann weiter verfahren werden solle. Es handle sich vom Finanzvolumen her um ein Geschäft der laufenden Verwaltung und Änderungen seien an der dann abgestimmten Lösung fast ausgeschlossen. Er sehe aber auch das große Interesse der Politik und die Außenwirkung. Eine Beteiligung der Gremien könne aber erst nach deren Konstituierung frühestens im Herbst erfolgen.

Herr Copertino sieht die Notwendigkeit, dass die Politik vor der Umsetzung informiert werde, sei es durch eine Sondersitzung oder einen Dringlichkeitsbeschluss.

Die CDU- Fraktion bitte um separate Abstimmung des Punktes 2.b) im Beschlussvorschlag.

Frau Weißenfeld und Herr Hood geben zu bedenken, dass der Witterungsschutz in diesem Jahr kommen müsse und bitten die Verwaltung um eine schnelle Umsetzung. Herrn Hood würde eine Informationsvorlage an die BV Mitte und die SGA-Mitglieder genügen, damit man ins Machen komme und nicht erst im Herbst über Sonnenschutz diskutiere.

Herr Gugat spricht sich für eine Sondersitzung aus, die Wahlperiode dauere ja noch bis Oktober.

Herr Dr. Sander äußert die Ablehnung seiner Ratsgruppe, da sie eine Verfestigung der Drogenszene befürchte.

Vorsitzende Frau Gorsler fragt Beigeordneten Herrn Adamski nach dem Zeithorizont. Er kündigt eine Informationsvorlage für eine gemeinsame Sitzung an, sobald die Antwort der Rechteinhaberin vorläge.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt zuerst über die Punkte 1., 2.a),3., 4. und 5. abstimmen.

Danach erfolgt die Abstimmung zu Punkt 2.b).

Beschluss:

Auf Empfehlung der Bezirksvertretung Mitte, des Integrationsrates und des Psychiatriebeirates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

- 1. Der Sachstandsbericht zu den bereits ergriffenen**

Maßnahmen (Abschnitt I) wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Ablauf der Testphase zu den Erfahrungen bezüglich der sog. 90/10-Regelung zu berichten.

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schaffung neuer Aufenthaltsorte im Bahnhofsumfeld im Rahmen eines Gesamtkonzepts weiterzuverfolgen. Im Einzelnen soll die Verwaltung hierzu**
 - a) eine neue Anlaufstelle in anzumietenden Räumlichkeiten konzipieren, in der Ruhe- und stundenweise Schlafgelegenheiten angeboten werden.**
 - b) einen konkreten Vorschlag für eine probeweise Schaffung von Sitzgelegenheiten und Unterständen im Stadthallenpark entwickeln, um eine Ballung der „Szene“ in der Nähe von Eingängen zur Bahnhaltestelle oder der Stadthalle zu verringern. Die Sitzgelegenheiten sind in einen ganzheitlichen Entwurf einer temporären Umgestaltung zu integrieren, der auch abgrenzende Elemente zur Stadthalle enthält.**
 - c) für beide Maßnahmen die damit verbundenen Kosten kalkulieren.**

Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die räumliche Abgrenzung zur Stadthalle noch die Übertragung von Flächen an die BBVG geklärt werden muss. Zudem müssen für die Aufenthaltsmöglichkeiten die Urheberrechte an der aktuellen Gestaltung des Parks beachtet werden, weshalb Abstimmungen mit dem Rechteinhaber erforderlich sind.

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für mehr Witterungsschutz am Kesselbrink zu prüfen und mit dem zuständigen Architekturbüro abzustimmen sowie die damit verbundenen Kosten zu kalkulieren.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der Streetwork zu konkretisieren und die damit verbundenen Kosten zu kalkulieren.**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beteiligung der Stadt Bielefeld an Modellprojekten in NRW zur Behandlung von Menschen, die Kokain oder Crack konsumieren, zu ermöglichen und die zuständigen politischen Gremien rechtzeitig über ein konkretes Konzept für Bielefeld zu informieren.

getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

zu 1., 2 a) und c), 3. und 4.: - mit großer Mehrheit beschlossen -

zu 2. b): - mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 12

Cannabis - Modellprojekte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: **10345/2020-2025** und **10588/2020-2025** Kooperationsvereinbarung zur Teilnahme am Forschungsprojekt "Cannabis" - Antrag der Koalition vom 24.06.2025

Herr Hood fragt nach der Einschätzung der Verwaltung und dem weiteren Verfahren.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass der Verwaltung nur einer der Akteure aus bislang guter Zusammenarbeit bekannt sei, nämlich EuroCan. Aber auch die anderen Anbieter könnten wahrscheinlich die Projektanforderungen erfüllen. Die Verwaltung werde in Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung eintreten, wenn sie dafür ein Mandat von der Politik erhalte.

Herr Hood stellt einen gemeinsamen Antrag für die Koalition.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt mit Eurocan eine Kooperationsvereinbarung über die Teilnahme am Forschungsprojekt „Cannabis“ zu schließen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt Vorsitzende Frau Gorsler hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mit Eurocan eine Kooperationsvereinbarung über die Teilnahme am Forschungsprojekt „Cannabis“ zu schließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10345/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 13

Cannabiskontrollen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10497/2020-2025

Herr Adamski erläutert, die Informationsvorlage ergänze die Diskussion in der Ratssitzung am 05. Juni 2025.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10497/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 14

Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10313/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss den folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates in der aktuell gültigen Fassung werden folgende Personen als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

- Zu Nr. 21
für das Praxisnetz Kinder- und
Jugendlichenpsychotherapeut:innen Ostwestfalen-Lippe e.V.
(KJP-OWL) Frau Bernadette Brandtmann,
- Zu Nr.22
für das Netzwerk Wohnungsnotfallhilfe Frau Nadine Schmerbach
und
- Zu Nr. 25
für den Verein für freiwillige Suchtselbsthilfe in Bielefeld e. V
Herrn Klaus Schöne.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Kommunales Konfliktmanagement Konflikten begegnen - Zusammenhalt und Teilhabe in Bielefeld stärken

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10037/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Junker und Herrn Berghan. Sie berichten über die Arbeit zum Kommunalen Konfliktmanagement und nutzen dafür eine Präsentation, die als **Anlage 2** zu TOP 15 der 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung steht.

Im Anschluss beantwortet Herr Berghan Fragen der Anwesenden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10037/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 16 Kommunales Integrationszentrum: Förderrichtlinien des Landes NRW und Umsetzung kommunaler Schwerpunkte innerhalb der bestehenden Handlungsfelder

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10359/2020-2025

Herr Meser erläutert, dass die Fördermittel ausschließlich an die Kommunalen Integrationszentren gebunden seien und keine Weiterleitung z.B. an Vereine oder Stadtteilern möglich sei.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10359/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 17 Umbenennung und Weiterentwicklung des Planungsbereichs „Soziales Miteinander - Familienfreundliches Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10479/2020-2025

Frau Aron führt kurz in die Thematik ein. Die Sozialplanung wolle sich verstärkt dem Thema Vereinsamung/Einsamkeit widmen und dafür die Planungsbereiche „Familienfreundliches Bielefeld“ und „Soziales Miteinander“ neu aufstellen.

Frau Rüweler stellt die geplante Neustrukturierung anhand einer Präsentation vor, die als **Anlage 3** zu TOP 17 der 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung steht.

Frau Adilovic bittet darum, die Informationsvorlage auch im Integrationsrat vorzustellen.

Frau Weißenfeld weist auf mögliche Schnittstellen zum Jugendamt hin und bittet um die Beschreibung und Abgrenzung der Handlungsfelder.

Frau Hopster begrüßt den Prozess und regt an, dabei die betroffenen Gruppen - besonders den Kinder- und Jugendrat - einzubeziehen.

Herr Gugat bittet um eine Übersicht z.B. in der angekündigten Beschlussvorlage, aus der die zeitliche Abfolge und Entwicklung des Konzeptes von 2008 hervorgehe. Auch wünsche er sich eine geeignete Beteiligung der betroffenen Menschen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drs.-Nr. 10479/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 18

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Frau Aron berichtet über die Maßnahmen zur Implementierung der leichten Sprache. Aufgrund der Haushaltssperre habe sich die Ausschreibung verzögert, Mitte September werde eine Kollegin auf der Stelle beginnen.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für die gute Zusammenarbeit beim Gremium: In moderaten Diskussionen seien oft gute Argumente ausgetauscht worden und häufig eine gemeinschaftliche Perspektive gefunden worden. Sie wünsche ihrer Nachfolge eine gute Hand bei der Weiterentwicklung einer sozialen Stadt.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

gez.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

gez.

Britta Zimmermann
(Schriftführung)